

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

214 (15.9.1932)

Immer noch Briefwechsel

Das Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichspräsidenten von Hindenburg ist durch den Staatssekretär des Reichspräsidenten mit folgendem Brief beantwortet worden:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. 9. 1932 zu bestätigen. Unter Hinweis auf sein gestern an Sie persönlich gerichtetes Schreiben läßt Ihnen der Herr Reichspräsident mitteilen, daß die nach Uebergabe der Auflösungsverordnung noch gefaßten Beschlüsse verfassungswidrig und somit gegenstandslos sind. Der Herr Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen die Folgerungen zu ziehen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener

gez. Dr. Meißner.“

Ueber die bereits veröffentlichten Briefe hinaus sind noch einige weitere Schreiben aus dem Reichstag an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichsinnenminister abgegangen. Wie wir hören, handelt es sich dabei aber lediglich um die formelle Mitteilung der Beschlüsse, die der Ueberwachungsamt nach gefaßt hat, also die Beschlüsse über die Reichstagsauflösung, über den Neuwahltermin und das Presseverbot und über die Hausung im Reichstagsgebäude. Die Mitteilungen sind gemäß einem Beschluß des Ausschusses vom Reichspräsidenten Göring und dem Vorsitzenden des Ueberwachungsamtes, dem Abgeordneten Böbe, unterzeichnet.

Politischer Totschlag vor dem Sondergericht

Munster, 14. Sept. Das Sondergericht verurteilte in der vergangenen Nacht nach 14tündiger Verhandlung zwei Kommunisten zu sieben Jahren sechs Monaten und zu vier Jahren Zuchthaus. Beide hatten in der Nacht zum 19. Juni einen Nationalsozialisten durch Gift getötet und zwei verletzt.

Politischer Mord in Potsdam

Potsdam, 14. Sept. In der Pappelallee wurde gestern Abend der Arbeiter Walter Meißner aus Bornim mit einem schweren Brustschuß tödlich verwundet. Im Krankenhaus ist er heute früh gestorben.

Nach Feststellung der Mordkommission handelt es sich wahrscheinlich um einen politischen Mord. Meißner war früher Kommunist und ist dann zur NSDAP übergetreten. Zwei Männer stehen in dem Verdacht die Missetat begangen zu haben.

Wie es zur Auflösung kam

Wer hat wen belogen — und wer hat wen betrogen

Man muß die tatsächlichen Vorgänge klarlegen, die im Reichstag vorgenommen worden sind, wenn das groteske Ende verständlich sein soll.

Im Vorkriegsrat, vor dem Beginn der ersten Sitzung, hatte der kommunistische Abgeordnete Torgler die kommunistischen Anträge angekündigt. Der deutschnationale Oberfohren erklärte sofort, daß er Widerpruch erheben würde. Darauf verließen sich die Schwarzbraunen. Es bestanden jedoch schon zu diesem Zeitpunkt tatsächliche Bauchschmerzen bei einigen von ihnen. Die „Völkische Zeitung“ berichtet:

„Allerdings hatte, wie von einem Mitglied des Vorkriegsausschusses erzählt wird, der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr dem kommunistischen Abgeordneten Torgler — die beiden kennen und verstehen einander sehr gut — sofort einen Zettel zugehoben mit der Warnung, daß der angekündigte deutschnationale Widerpruch nur eine Finte sei.“

In der ersten Sitzung wurden die kommunistischen Anträge gestellt — aber wer nicht widersprach, das war Herr Oberfohren! Hier ist klar: Oberfohren hat zunächst einmal die Schwarzbraunen hereingelegt.

Nun kam die Vertagung. Während der Vertagung handelte die Regierung und fußte auf den Schwarzbraunen. Die Regierung verschaffte sich schließlich das Auflösungsdekret — die Zeit dazu hatte ihr der Friedliche Vertagungsantrag gegeben. Ueber den Kuhhandel der Schwarzbraunen berichtet die Germania:

„Während der Unterbrechung der Sitzung gab es ein kleines Zwischenpiel, das erst die Aufklärung über den plötzlichen und in dieser Form unerwarteten Ausbruch des Konfliktes gab. In einer Besprechung, die beim Reichspräsidenten Göring zwischen Vertretern der Nationalsozialistischen Partei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stattfand, war man übereingekommen, bei Wiederaufnahme der Sitzung die Wiederholung der kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge zu beschließen. Abgeordneter Leicht sollte einen entsprechenden Antrag im Plenum stellen. Unmittelbar bei Beginn der Sitzung machte Präsident Göring jedoch den genannten Parteien die Mitteilung, daß nach einer an ihn gelangten Mitteilung der Reichskanzler noch in der gleichen Sitzung auf jeden Fall die Auflösung verfaßt werde. Die Nationalsozialisten erklärten dann, unter diesen Umständen nicht mehr für den Antrag Leicht, d. h. für die Abweisung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge stimmen zu können. Damit war in jedem Falle das Schicksal dieses Reichstages besiegelt.“

Da hat offenkundig jemand aus dem Regierungslager Göring eingeschleiert, daß nun das Auflösungsdekret vorhanden sei. Göring ist offenbar darüber so erschrocken, daß er den Kopf verlor — denn die Auflösung wollten die Nazis gerade vermeiden. In seinem Schreck hat dann Göring Zentrum und Bayerische Volkspartei hereingelegt, und so kam es zur Auflösung, die die Schwarzbraunen nicht wollten!

Spanienreise Herriots

Paris, 14. Sept. Paul Herriot wird Ministerpräsident Herriot, einer Einladung der spanischen Regierung folgend, eine Reise nach Spanien unternehmen. Der Zeitpunkt sei noch nicht festgelegt. Der Madrider Zeitung El Deralto zufolge, wird Herriot am 3. oder 4. Oktober einreisen.

Neuer Umsturz in Chile

Santiago de Chile, 14. Sept. Oberst Merino, der nach dem Rücktritt des Präsidenten Davila eine provisorische Regierung gebildet hatte, ist geflüchtet und hat sich auf dem Flugplatz El Bosque verbarrikadiert. In aller Eile hat sich eine Junta aus Führern der Armee gebildet, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, da es den Anschein hat, als ob Davila versuchen könnte, die Macht wieder an sich zu reißen. Der provisorische Präsident, General Blanco, ist zurückgetreten.

Aufrüstung der Jugend

Statt wirklicher Erziehung Militärspieler

Die Pläne, welche schon seit langem nach der Richtung bestanden, die mannigfaltigen Vereinigungen, welche sich der körperlichen Ausbildung der Jugend widmen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, haben nunmehr ihren organisatorischen Abschluß gefunden. Der Herr Reichspräsident hat unter dem 13. September folgende von dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichsminister des Innern gegengezeichneten Erlaß an den Reichspräsidenten des Innern gerichtet:

„Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Seit Jahren habe ich daher mit besonderer Anteilnahme alle Bestrebungen verfolgt, die ihrer körperlichen Erziehung galden. Die Stärkung des Körpers, die Erziehung der Jugend zur Zucht, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren sich anzunehmen der Staat die Pflicht hat. Die Lösung muß durch Zusammenarbeit aller Vereinigungen verschiedenster Art erfolgen können, die schon bisher sich diesem Werk an der deutschen Jugend gewidmet haben und denen ich für die Arbeit danke.“

Um für die Zukunft alle Kräfte, denen die körperliche Erziehung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammenzufassen, berufe ich hiermit ein Reichsministerium für Jugendberückichtigung.

Ich bestelle den Reichsminister des Innern zu seinem Vorherrschen und den General der Inf. a. D. Edwin von Sillensattel zum geschäftsführenden Präsidenten.

Ich beauftrage den Reichsminister des Innern, geeignete Persönlichkeiten, die auf diesem Gebiete besondere Erfahrungen besitzen, als Mitglieder des Kuratoriums zu berufen, mir die Sakunnen zur Genehmigung vorzulegen und alle Maßnahmen zur Durchführung dieses Erlasses im Benehmen mit den sonst beteiligten Reichsministerien zu treffen.

gez. v. Hindenburg, gez. v. Papen, gez. v. Gaus.

Von zuständiger Stelle werden zu diesem Erlaß Erläuterungen gegeben, in denen es u. a. heißt: In dem neuen Reichsministerium für Jugendberückichtigung sollen Vertreter derjenigen Verbände zusammengebracht werden, die der körperlichen Ausbildung der Jugend ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden haben oder in Zukunft zuwenden werden. Geeignete Lehrkräfte sollen herangezogen werden, die in der Lage sind, eine auch wirklich wertvolle Ausbildung zu vermitteln. Allgemeine Leibesübungen, Sport und Turnen sollen in den dafür bestehenden Vereinen selbstverständlich weiter getrieben werden. Durch das Reichsministerium für Jugendberückichtigung soll hauptsächlich die Sportart gefördert werden, für die sich der Ausdruck „Geländesport“ einschließen hat. Das Reichsministerium für Jugendberückichtigung, an dessen Spitze der Reichsminister des Innern steht, wird seine Wünsche und Pläne im engen Einvernehmen mit den Landesregierungen durchzuführen. Die Vertreter der Landesregierungen werden vom Reichsminister des Innern als Mitglieder des Kuratoriums berufen werden.

Ueber den Betrag von 15 Millionen Mark, die im Etat für die Jugendberückichtigung vorgesehen sind, haben keine weiteren Mittel zur Verfügung. Es ist nicht beabsichtigt, irgend einen Verband, der schon bisher in ähnlicher Weise gearbeitet hat, zum Grundstock für die Aufgaben des Reichsministeriums zu machen, sondern alle Verbände, die gewillt sind, und die Gewähr dafür bieten, entsprechend den Richtlinien für die Jugendberückichtigung zu arbeiten, sollen zu den Arbeiten herangezogen werden, ohne daß ihr Eigenleben in irgend einer Weise gestört werden soll.

Die Herren um Schleicher machen ganze Arbeit. Zu den Aufrüstungswünschen der deutschen Wehrmacht kommt dieser Plan der Mobilisierung der Jugend. Ihre Erziehung zur Wehrhaftigkeit bedeutet die Wiederverwendung der Offiziere und Unteroffiziere des alten Heeres; Kadernhöfe und Truppenübungsplätze bekommen wieder Arbeit. Geländebewegungen dienen als Ersatz für den geperreten Militärdienst. Zunächst handelt es sich um freiwilligen Dienst; die Militärdienstpflicht wird daraus eines Tages erwachsen. Daß man durch solche Pläne Hitler den Wind aus den Segeln nehmen will, ist nach den jüngsten Vorgängen in der Politik durchaus begründet, und die Nationalsozialisten werden von der Kopie ihrer SS- und SA-Truppen sprechen. Wir staunen über die Unbesonnenheit, mit welcher solche Wehrhaftigkeitspläne aufgemacht werden. Bestimmt haben wir Sozialdemokraten Verständnis und kämpfen für jegliche Möglichkeit der Beteiligung eines von außen bedrohten Vaterlandes. Das Erfurter Programm bekannte sich ja gleichfalls dazu und erstrebte für diese Verteidigungsweide die Durchführung einer Miltz, so wie wir sie etwa in der Schweiz aufgezogen sehen. Wir erachten es als Standal, daß die großen Demokratien der Alten und der Neuen Welt ihren Verpflichtungen aus dem Vorkriegsvertrag in der Abrüstungsfrage nicht mehr entsprochen haben. Aber mit Bedenken sehen wir die Gefahren, die hinter all den neuen Plänen und Wünschen stehen. Das Spiel mit dem Gedanken des Kriegs, das man es denn verzeihen will, ist nach der Tatsache der Wirklichkeit des entscheidenden Weltkriegs geworden. Schon die nächstliegenden Auswirkungen sind unseres Erachtens entsetzlich genug, denn wirtschaftliche und politische Zerrung wird die nächste Folge sein. Das ganze Elend der heutigen Lage der Menschheit kann keine weitere Spaltung und Trennung brauchen, das deutsche Volk braucht wie die anderen Völker gemeinsame Zusammenarbeit, um aus dem allgemeinen Tiefstand und der Weltdepression herauszukommen. So halten wir die internationale Verständigung immer noch für das beste Wehr- und Verteidigungsprogramm.

Papen unter Anklage

10 Millionen Deutsche durch Autarkie bedroht

Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten hat sich während des Monats August in deutschen Maschinenbau über die Saisonerscheinungen hinaus keine Auftragszunahme eingestellt. Das Auslandsgeschäft war durch Devisenschwierigkeiten und andere Ausfuhrerwerbungen — Folgen der deutschen Autarkiebewegung — nach wie vor stark behindert. Immerhin führten die während der letzten Monate eingetretenen leichten Auftragssteigerungen zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitszeit auf rund 89,5 Wochenstunden und zu einer Zunahme des Beschäftigungsgrades von 30 auf 31 Prozent der Normalbeschäftigung.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten setzt sich in seinem diesmöglichen Monatsbericht in einbeutiger Weise mit dem Autarkiewahnwitz der Nazis und der Reichsregierung auseinander. Er schreibt u. a.:

„Mehr als die Hälfte der Beschäftigung der deutschen Maschinenindustrie entfällt zur Zeit immer noch auf die Ausfuhr. Große Werte sind für den Wiederanbau der Retortungen der deutschen Maschinenindustrie im Ausland während des letzten Jahres erzielt worden. Nachgewiesenermaßen haben 1931 fast 10 Millionen Deutsche unmittelbar und mittelbar von der Ausfuhr gelebt. Es wäre ein schwerer Fehler der deutschen Wirtschaftspolitik, die Ausfuhr noch mehr als bisher dadurch zu gefährden, daß Deutschland zu dem Experiment einer Zwangsregulierung der landwirtschaftlichen Einfuhr übergeht und damit die Abhängigkeit der übrigen Welt gegen deutsche Fertigergebnisse Vorhubs leistet. Der Druck auf die Preise deut-

licher landwirtschaftlicher Erzeugnisse kommt bei der gegenwärtigen Lage nicht so sehr vom Ausland, als wie mehr von der Inlandsnachfrage gesunkenen Kaufkraft der inländischen Bevölkerung, insbesondere der Industriearbeiter, her. Jede Steigerung unserer Außenhandelsbeziehungen würde Millionen von Arbeitern der Exportindustrie mit vermehrter Arbeitslosigkeit bedrohen, ihre Kaufkraft für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch weiter schwächen und damit den Preisdruck noch verschärfen.“

Das ist von einer der größten Unternehmerorganisationen in Deutschland geschrieben und wir Sozialdemokraten, die wir seit drei Jahren im heftigsten Kampf gegen den Lohnabbau, die Kaufkraftdrainage und die Verarmung der Bevölkerung stehen, können nur wünschen, daß die wirtschaftlichen Untergrößen, die aus den Darlegungen der deutschen Maschinenindustrie spricht, allgemeine Auffassung des deutschen Volkes wird. Es kommt darauf an, die vor uns liegenden Wochen der Wahlagitation zur Entschärfung einer allgemeinen Volksbewegung zu benutzen, die endlich mit den Verberberungen der Kaufkraft, den Lohnrückläufen und den deutschen Autarkie Deutschen in Zukunft Arbeit und Auskommen finden.

Die Front muß sich in erster Linie gegen die Papenregierung richten, die sich zur Volkstreuerin der brutalsten Wünsche eines rüdfälligen und sozial verantwortungslosen Unternehmers gemacht hat. Mit derselben Heftigkeit aber auch gegen die Nazis, die — nach ihrem eigenen Geständnis — ihren breiten Rücken hergehalten haben, damit die Politik der Papenregierung erst möglich wurde.

Schwere Stürme suchten ganz Nord- und Mitteldeutschland heim

Eine massive Feldscheune, die bei Weferlingen (Provinz Sachsen) durch den Orkan zerstört wurde.

In den letzten Tagen wurden weite Gebiete in Nord- und Mitteldeutschland von schweren Stürmen heimgesucht. Vor allem in der Provinz Sachsen und hier besonders in der Gegend von Weferlingen wütete ein orkanartiger Sturm, der große Schäden anrichtete. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt und wie Streichhölzer geknickt. Dächer wurden abgedeckt und schwere Bausteine mehrere hundert Meter weit fortgeschleudert.



Die rote Mappe

Schicksalstage des deutschen Parlaments - Wilhelm II.: „Die Hunde sollen zählen, bis sie blau werden“

In der Geschichte des Parlamentarismus im Kaiserreich haben die Reichstagsauflösungen ebenfalls eine Rolle gespielt. Die ominöse rote Mappe, die das vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrats unterzeichnete Auflösungsdekret enthielt, ist dem Reichstag nicht weniger als fünfmal auf den Tisch des Hauses gelegt worden. Schon der erste Reichstag des neuen Reiches, der unter dem Eindruck des siegreichen Krieges mit einem starken rechten Flügel und zum erstenmal mit 58 Mittelgliedern der neuen „ultramontanen“ Zentrumsparlei, sowie dem ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in das alte Herrenhaus der Reichsstraße einzog, konnte sich keines langen Wirkens erheben. Noch vor dem Frankfurter Frieden zusammengesetzt, wurde er am 29. November 1873 aufgelöst, nachdem die Opposition gegen den Bismarckschen Kurs, vor allem unter dem Eindruck des Kulturkampfes, auf 133 Stimmen angewachsen war. Bismarck, der diesem Reichstag als der einsige Sozialist anabörte, sagte von seiner Arbeit: „Was er für das Wohl des Volkes getan hat, ist gleich Null, wohl aber hat er vieles getan, um die dem Volk angelegten Ketten noch fester zu schmieden.“ Bismarck hatte Recht: Befanden sich doch unter den 382 Abgeordneten nicht weniger als 11 Fürsten und Prinzen, 34 Grafen, 103 Freiherren und Barone.

Aber in den darauffolgenden Wahlen sah Bismarck mit Entsetzen die Opposition gegen seine Diktatur, deren Rücktrittslokalität das Volk bald immer mehr zu hören bekam, immer weiter um sich greifen. Der neue Reichstag zählte schon 9 Sozialisten, während das Zentrum es auf 91 Sitze brachte. Im Kulturkampf unterlegen, suchte Bismarck einen neuen Gegner, er fand ihn in der Arbeiterbewegung, die unter dem Druck der großen Wirtschaftskrisen immer härter ansetzte. Nach dem ersten Attentat auf Wilhelm I. forcierte Bismarck vom Reichstag ein Ausnahmegesetz gegen die verhassten „Reichsfeinde“. Der Reichstag brachte mit den Stimmen der Nationalliberalen, deren Ministerbandel mit Bismarck gefeiert war, das Gesetz zu Fall, „um die Unruhe im Volke nicht ins Unabsehbare zu steigern“. Erst das zweite Kaiserattentat gab Bismarck freie Hand. Gegen den Willen des Ministerrats löste er den unbehaglichen Reichstag am 11. Juni 1878 auf, um mit einem neuen Reichstag das Sozialistengesetz, sondern auch die geplanten Steuer- und Zollgesetze durchzusetzen.

Die nächste Reichstagsauflösung fällt in das Jahr 1887. Seit 1878 gab es im Reichstag keine feste Mehrheit mehr, drei fast gleich große Parteien, Konservative, Liberale und Zentrum, standen sich gegenüber. Die Sozialdemokraten hatten indes gegen 1874 ihre Sitze auf 24 verdoppelt. Seit dem Berliner Kongress hatte sich die außenpolitische Lage weiter verschlechtert. In Frankreich war eine Militärdiktatur durch Boulanger ans Ruder gelangt, die russisch-japanische Annäherung machte Fortschritte — eine fürchtbare Spannung lag über ganz Europa. Bismarck, hinter dem die Generäle standen, brachte Ende 1886 eine große Militärvorlage ein, die eine Vermehrung des Heeres um 41 000 Mann vorsah. Als ihm der Reichstag, der hintereinander die Bismarckschen Entwürfe zum Wahl- und Branntweinmonopol abgelehnt hatte, die Erhöhung der Friedenspräsenz nur auf drei Jahre bewilligen wollte, ließ ihm Bismarck das Auflösungsdekret überbringen, und setzte sich auf die Wege über den Willen des Volkes hinweg. Im Hinblick auf die außenpolitischen Verwicklungen gelang es Bismarck, der mit allen Mitteln der Propaganda das Gelingen der Kriegsvorbereitung an die Hand maekte, eine nationalitätlich-militaristische Stimmung zu erzeugen, die den Ausfall der Wahl bestimmte und so den neu gewählten Reichstag in seiner Zusammensetzung zu einem geeigneten Instrument seiner Machtpolitik gestaltete. Gleich zweimal hintereinander wurde die Erhöhung des Wehretats vom Parlament bewilligt. Daß sich der Reichstag unter dem Regime Wilhelm II. nie einer so großen Wut erheben konnte, beweisen die vielen Ausdrücke, in denen der Kaiser die Reichstagsabgeordneten als „Schweine“ beschimpfte. In kurzer Zeit nach Bismarcks Sturz das Parlament die große Verantwortung nicht bewilligen wollte, meinte er: „Ich sage den überverrückten Reichstag einfach zum Teufel“. Die Auflösung erfolgte im Frühjahr 1893. Das neue Parlament bewilligte gegen die 44 Stimmen der Sozialdemokraten die Vorlagen.

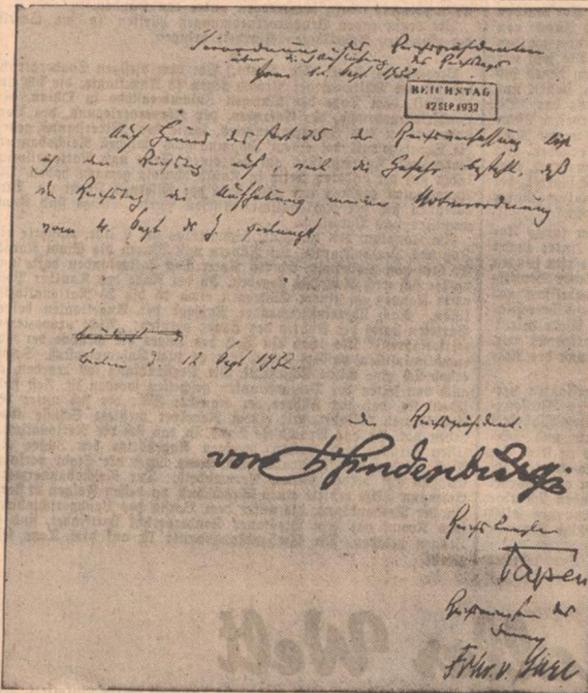
Immer wieder betonte der Kaiser, daß er „kein konstitutioneller Herrscher“ sei, „der herrscht und nicht regiert“. Gestützt auf diese persönliche Autorität brachte das Kolonialabenteuer des Jahres 1898 den Reichstagsmitgliedern eine neue Gelegenheit zur Durchsetzung ihrer Wünsche. Das Kolonialabenteuer führte zu einer ungeheuren Entlastung der Reichsfinanzen. Gemeinsam mit dem Zentrum forcierte die Sozialdemokratie weitestgehende Abträge vom Etat, denn es sich herausstellte, hatte die Expedition nach Südwestafrika die Unterdrückung der Hereroaufstände über 40 Millionen Mk. verursacht. Als schließlich im Parlament der Nachtragsetat, der diese Summen aufwies, von den Oppositionsparteien abgelehnt wurde, löste Bismarck, dem Wunsch seines kaiserlichen Herrn folgend, den Reichstag im Dezember 1907 auf. „Die Hunde“, erklärte Wilhelm, „sollen zählen, bis sie blau werden“.

Die erste Reichstagsauflösung in der Republik erfolgte im März 1932, als der Reichstag die Abänderung der verhängten Steuererhöhung beantragte. Die Neuwahlen brachten ein Aufsteigen der reaktionären Stimmen. Als aber die Deutschnationalen im neu gewählten Reichstag durch ihren Streit um die Ministerresel die Regierbarkeit herbeiführten, wurde wieder eine Auflösung des Parlamentes verfügt. Die Neuwahlen führten die SPD, als die Partei in den Reichstag zurück. Das Jahr 1930 sah die dritte Reichstagsauflösung in der Republik. Sie erfolgte, als das neue Kabinett Brüning keine parlamentarische Mehrheit für sein Regierungsprogramm erlangen konnte.

Die Vorgänge, die zur Auflösung des Deutschen Reichstages im Jahr 1932 führten, stehen noch in frischer Erinnerung. Dieser Reichstag wurde aufgelöst, weil Herr von Papen 107 Nationalsozialisten in das Parlament zurückbrachte, die die verhängte Steuererhöhung nicht anerkennen wollten. Aus 107 wurden 230 — das sind Herr von Papen wieder zu viel. Die Sozialdemokratie wird alles daran setzen, daß ein Parlament mit einer gesünderen

Kräfteverteilung, wie sie der antikapitalistischen Sehnsucht des Volkes entspricht, gewählt wird, um dem Volke endlich zu geben, was es braucht, um leben zu können:

Sozialismus — Freiheit!



Sie wollen eine mordspatriotische Kirche

Die Ortsgruppe Gereon der Nationalsozialisten in Köln läßt zu den Wahlen in der evangelischen Kirche ein Rundschreiben verbreiten, in dem es unter anderem heißt:

„Es ist von größter Bedeutung, daß wir durch die Kirchenwahl der evangelischen Kirche die starken Kräfte des Nationalsozialismus näher bringen, um den in sie eingedrungenen unheimlichen Faschismus und nicht minder die dort auftretenden marxistischen Kräfte niederzurufen, um in einem reinen Volkstum einander näher zu bringen.“

Also heraus mit dem Friedensgeist aus der Kirche, hinein gehört die Mordspatzen der Nazis.

Ein historisches Dokument

Das Dekret, mit dem der Kaiser den Reichstag auflöste. Die Urkunde ist vom Reichspräsidenten unterzeichnet und vom Kanzler sowie dem Reichsinnenminister gegengezeichnet. Sie ist nicht wie sonst mit der Maschine, sondern mit der Hand geschrieben und trägt ursprünglich die Datierung „Kreuzberg“. Diese ist durchstrichen und durch die Worte „Berlin, d. 12. Sept. 1932“ ersetzt.

Freistaat Baden

Reichshilfe für Baden?

Der Badische Beobachter bringt folgende Meldung seines Berliner Korrespondenten: Der badische Staatspräsident Schmitt war am Dienstag beim Reichskanzler von Papen, um mit ihm eine Reihe von Fragen zu besprechen, die die Verteilung des 50-Millionen-Grenzfonds betreffen. Die Wünsche Badens sind dabei in erster Linie auf den Bau der Autostraße Mannheim—Heidelberg—Frankfurt und auf die Kliniken-Zuschüsse der Universitäten Freiburg und Heidelberg gerichtet. Wie wir erfahren, hat sich Reichskanzler von Papen dem badischen Staatspräsidenten gegenüber bereit erklärt, alles zu tun, was in seiner Kraft liegt, um die Wünsche Badens zu erfüllen, sowohl des Baues der Autostraße wie auch der Zuschüsse für die Kliniken.

Öffentliche Arbeiten in Baden im Jahre 1932

Von der Presseabteilung beim Staatsministerium wird uns geschrieben: Die badische Regierung widmet der drängenden Frage der laufenden Arbeitsbeschaffung die größte Aufmerksamkeit. Sie ergreift jede Gelegenheit, um die in Baden besonders große Arbeitslosigkeit zu mildern und für Beschaffung von Arbeit zu sorgen. Daß dies in der gegenwärtigen Krisezeit nicht leicht ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Denn die Frage der Arbeitsbeschaffung ist zugleich eine finanzielle Frage. Gleichwohl ist es gelungen, auf den verkehrsreichsten Gebieten durch direkte oder indirekte Beteiligung der öffentlichen Hand die nachstehend aufgeführten öffentlichen Arbeiten zur Ausführung zu bringen:

Fluß- und Wasserbauten

Hier kommen in Betracht die im Jahre 1931 begonnene Rheinregulierung Rhei—Hein, für welche eine Bauzeit von 10 Jahren vorgesehen ist; ferner die Anlagenerweiterung bei Rhei, die vor ihrem Abschluß steht, und schließlich eine Reihe von Arbeiten zur Unterhaltung der Rheinwasserstraßen und der Binnenflüsse. Insgesamt ist hierfür für das Jahr 1932 ein Betrag von etwa 9 Millionen Mark vorgesehen.

Kraftwerk- und Kanalbauten

An Kraftwerk- und Kanalbauten befinden sich innerhalb des Landes Baden in der Ausführung das Schluchsement, das Rheinwerkwerk Albrud-Dogern, der Ausbau der Kedarstaute Kol-fenau und an der badisch-bayerischen Grenze im Rahmen der Main-tanalisation der Staustufe Freudenberg. Im Laufe dieses Jahres soll noch im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Ausbau der Kedarstaute bei Gutenbach und Kedarzimmern im Amtsbezirk Mosbach mit einem Gesamtaufwand von 4 Millionen Reichsmark in Angriff genommen werden.

Landstraßenunterhaltung

Für die Landstraßenunterhaltung ist ein Betrag von 7,8 Millionen Reichsmark vorgesehen, wobei im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms Arbeiten im Gesamtbetrag von 2,8 Millionen Reichsmark enthalten sind.

Landeskulturarbeiten

An Landeskulturarbeiten einschließlich Feldbereinigungen wurden seit 1931 Arbeiten im Gesamtbetrag von 2,7 Millionen Reichsmark beantragt oder begonnen; in Vorbereitung befinden sich Arbeiten im Gesamtbetrag von 3 Millionen Reichsmark, wovon auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm ein Betrag von 500 000 RM entfällt.

Größere Bauten bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe

Im Bereich der Reichsbahndirektion Karlsruhe kommen an größeren Bauten des Jahres 1932 in Betracht: Die Fortführung und Vollendung der neuen Rheinbrücke Mannheim—Ludwigsbafen, der Beginn der Bauarbeiten zur Verlegung der Odenwaldbahn bei Heidelberg-Karlsruhe, der Bau der Sternwaldbahn bei Freiburg, die Fortführung der Bauarbeiten in Sattlingen zum Anschluß an die Linie von Tuttlingen, die Fortführung der Tunnelarbeiten auf der Schwarzwaldbahn, die Wiederaufnahme der Bauarbeiten auf der Neubaustrecke Bad Reichenhaller—Griesbach, die Umbauten einer Reihe von Brücken und einige Hochbauarbeiten. Heber den Beginn der Arbeiten zum Bau der Rheinbrücke bei Wagnau wird demnächst die Entscheidung getroffen.

Notstandsarbeiten für die Erwerbslosen

Für die Durchführung von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von Erwerbslosen wurden vom Oktober 1931 bis Ende Juli 1932 Zuschüsse gewährt:

- a) aus Mitteln der Reichsanstalt für 69 Maßnahmen mit rund 173 000 Tagewerken,
- b) aus Mitteln des Landes für 61 Maßnahmen mit rund 124 600 Tagewerken.

Bei den letzteren Maßnahmen handelt es sich um die Förderung von Notstandsarbeiten, bei denen in der Hauptsache verheiratete Wohlfahrts-erwerbslose zur Beschäftigung kommen.

Eine Reihe von größeren Notstandsmaßnahmen erzielten neben der Gewährung von Zuschüssen noch eine zusätzliche Förderung durch Gewährung von Darlehen aus Mitteln des Landes und der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G. Berlin. Darunter befinden sich a. a. die Verbesserung des Unterbaus der Reichsstraße 12 000 Tagewerken, der restliche Teil der Arbeiten beim Ausbau des Schluchsementwerks mit 27 000 Tagewerken, die Enttorfungen bei Forstheim mit 18 000 Tagewerken, die Dostkorrekturen bei Baden-Baden mit 19 500 Tagewerken und schließlich die Verlegung der Odenwaldbahn bei Heidelberg-Karlsruhe mit 80 000 Tagewerken. Die letztere Arbeit erstreckt sich auf zwei Baujahre und wird dieser Tage in Angriff genommen.

Die Wirkung vollendet — der Preis gesenkt!

Elida Shampoo — seit Jahren berühmt für seine Qualität — ist jetzt wirklich vollkommen durch Perfekta Zitronenbad. Dieses neue Haarpflegemittel löst den letzten Rest von Shampoo aus dem Haar, kein weißer Staub bleibt mehr im Kamm zurück. Ihr Haar erhält höchsten Glanz — die Wasserwelle, die Ondulation hält länger. Der erste Versuch überzeugt auch Sie! Elida Shampoo + Perfekta = Vollendete Haarpflege!



ELIDA SHAMPOO

203 ES 17-19

Große politische Prozesse

Bestialische Mordtaten - Landfriedensbruch

Kiel, 14. Sept. (Eig. Draht.) Vor dem Kieler Sondergericht begann der für eine Woche Verhandlungsdauer berechnete große Landfriedensbruchprozess gegen die Nationalsozialisten, die am sogenannten "Deutschen Tag", am 10. Juli das Gewerkschaftshaus in Fernstraße kühn und völlig demolierten. Bei dieser bisher in Deutschland wohl beispiellos dastehenden gemeinen Tat wurden die beiden sozialdemokratischen Landarbeiter Bues und Tunge von den verirrten SA- und SS-Männern erschossen. Außerdem wurden eine Anzahl Genossen schwerer und leichter verletzt. Die jetzt vor dem Sondergericht gestellten 31 Nationalsozialisten, von denen sich zwei durch die Flucht noch der Strafe entzogen haben, stellen nur einen Bruchteil der Schuldigen an diesem Blutsonntag dar. Ob sich die Mörder der beiden sozialdemokratischen Landarbeiter unter einen Bruchteil der Schuldigen an diesem Blutsonntag dar. Ob sich die Mörder der beiden sozialdemokratischen Landarbeiter unter einen Bruchteil der Schuldigen an diesem Blutsonntag dar.

Zusammen mit den 31 Nationalsozialisten stehen vier junge Angehörige der Eisernen Front auf der Anklagebank. Unter ihnen ist der Neffe des erschossenen Landarbeiters Bues. Die vier jungen Genossen haben sich nach dem Sturm auf das Fernförder Gewerkschaftshaus und nachdem sie lange durch Nationalsozialisten auf Autos hin und her gebohrt worden sind, in maßloser und berechneter Erbitterung gegen einige Nationalsozialisten zur Wehr gesetzt. Die Anklage wird ihnen gemeinschaftlich Kernerverletzung vor. Vorliegen kann bei ihnen aber nur eine Mebergruppierung der Rotwehr.

Der erste Verhandlungstag, an dem nur die Angeklagten vorstellig wurden, entfaltete ein entsetzliches Bild dieses Blutsonntags, obwohl zweifellos die Angeklagten mit der vollen Wahrheit zurückblieben. So gaben alle angeklagten SA-Leute und SS-Leute zu, bei den Zusammenstößen mit den Gewalttätigen die wenigsten aber gaben eine Beteiligung an den Gewalttaten zu. Sie wollen fast alle erst dazu gekommen sein, als schon alles vorbei war. Die in Haft befindlichen Nationalsozialisten haben sich aber in ihren ersten polizeilichen und richterlichen Vernehmungen selbst und auch gegenseitig belastet, so daß ihnen das letzte Zeugnis nicht mehr viel nützen wird. In geradem Maße ist auf den alten Landarbeiter

Bues, der mit zwei tödlichen Messerschlägen aus dem Gewerkschaftshaus herausgeworfen, eingeschlagen worden. Die Nazis haben mit Karabinern und Sägen so lange auf den Schwererleierten eingeschlagen, bis er am Boden lag. Jede ärztliche Hilfe kam zu spät. Der junge Landarbeiter erhielt einen Messerschlag ins Herz. Er verblutete seinen Kameraden unter den Händen.

Die beginnenden Zeugenvernehmungen dürften in die Schuld der einzelnen Angeklagten Klarheit bringen.

Breslau, 14. Sept. (Eig. Draht.) Vor dem hiesigen Sondergericht begann am Mittwoch der Prozess gegen 13 Angeklagte, die sich am 10. Juli, dem Tage der blutigen Zusammenstöße in Orlau, des Landfriedensbruchs, des Auftrahrs, der Kernerverletzung, des Verstoßes gegen das Schußwaffengesetz, sowie des Widerstands gegen die Staatsgewalt bei einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten auf der einen Seite und Nationalsozialisten auf der anderen Seite in Kanth schuldig gemacht haben. Die Angeklagten gehören nur zum Teil der Eisernen Front an. Hier bekennen sich zur Nationalsozialistischen Partei, einige sind Kommunisten und Parteiloje.

Am Sonntag, den 10. Juli, nachmittags um 6 Uhr, passierte ein Zug von Demonstranten auf Kähnen und Wagen die Stadt Kanth. Er kam von Gützkow, wo ein Roter Tag stattgefunden hatte und wollte sich nach Radziszewsk begeben. In der Nähe des Kanther Postamts fanden an einem Eiswagen etwa 15 bis 20 Nationalsozialisten. Nach übereinstimmender Aussage der Angeklagten beider Parteien hatte der Führer des Zuges gerufen: "Nicht provozieren, weiterfahren!" Als schon ein Teil des Zuges die Gruppe der Nationalsozialisten passiert hatte, kam es zum Zusammenstoß. Sofort erhob sich eine wilde Schierei. Die Verhandlung soll ergeben, ob auch von Seiten der Demonstranten geschossen worden ist. Fest steht jedenfalls, daß der Führer der Kanther SA, der sich unter den Angeklagten befindet, mit einem Revolver mehrere Schüsse abgegeben hat. In das Arnoldische Haus, in das sich die Nationalsozialisten zurückgezogen hatten, drangen Angehörige des Zuges ein. Auch wurden die hiesigen SA-Leute durch die Stadt verfolgt. Es gab auf beiden Seiten Verwundete. Der Reichsbannermann Erdmann Tille erhielt einen Schuß ins Bein, dessen Folgen er noch zu der Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kempf vor dem Breslauer Sondergericht stattfindet, sind 98 Zeugen geladen. Die Verhandlungsdauer ist auf drei Tage festgesetzt.

Gewerkschaftliches

Sünde wider den Geist

Die Regierung Papen schafft mit ihrer zweiten Notverordnung geradezu ungeheuerliches Lohnelend. Wer arbeitet, bekommt so viel, wie wenn er nicht arbeiten würde. Das Lohnelend sinkt in tausenden und aber tausenden von Fällen unter die Wohlfahrtsunterstützung. Die Regierung hat die Wünsche der Schwarzarbeiter völlig erfüllt. Das Schlimmste aber ist, daß sie das auch noch gegen ihre eigene Überzeugung getan hat. An maßgebenden Regierungstellen ist man nämlich vollkommen anderer Ansicht. Man erkennt also die Wahrheit, widerstrebt ihr aber. Das ist die Sünde wider den Geist, die nicht bezichtigt wird. Hier der Beweis:

Mehrfach hat man sich in der jüngsten Zeit im Kreis der Reichsbehörden darüber unterhalten, ob für die Arbeitnehmer der Reichs- und Staatsbetriebe die Einführung der Bierzeitstundenwoche irgendwelchen Einfluß auf die Arbeitsmarktlage haben könnte. Man ist, wie aus einem dem Ministeramt des Reichsministeriums unter dem 30. August zugegangenen Verhandlungsprotokoll hervorgeht, zu der Überzeugung gekommen, daß die allgemeine Einführung der Bierzeitstundenwoche bei den Herberdienststellen nur einen verhältnismäßig geringen Ruhezustand habe. Das ist nicht unrichtig. Bei den geringen Ruhezuständen allein fällt eine Arbeitszeitverkürzung nicht ins Gewicht. Im Bereich des Reichswehrministeriums wird auch heute bereits vielfach kurz gearbeitet, und die Zahl der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen ist nicht zu erhebelich, daß durch Arbeitszeitverkürzung erweiterte Neueinstellungen den Arbeitsmarkt nennenswert entlasten. Will man in den öffentlichen Betrieben eine höhere Arbeitslosigkeit für Arbeiter, Angestellte und Beamte auf 40 Stunden zu kürzen. Dann würde die Zahl der zur Einstellung kommenden Arbeitnehmer schon ins Gewicht fallen.

Aber nicht die Frage der Bierzeitstundenwoche, sondern die Feststellung, daß nun auch das Reichswehrministerium und das Reichsfinanzministerium von weiteren Lohnsenkungen nicht mehr wissen wollen, ist das Kernstück des erwähnten Protokolls. In ihm steht wörtlich folgendes zu lesen:

"Der Vertreter des Finanzministeriums betonte in erster Linie die Tarifgebundenheit der Frage der Arbeitszeit und wies nach, daß einmal in den unteren Gruppen der Angestellten und Arbeiter eine weitere Einkommensminderung durch Senkung der Arbeitszeit nicht mehr möglich ersehe. Ohne daß die Zuverlässigkeit der Arbeitnehmer und ihre Arbeitswille leide - ein Punkt, auf dessen Wichtigkeit besonders auch vom Vertreter der Reichsverwaltung hingewiesen wurde."

Hier wird also von maßgebenden Stellen selbst bestätigt, worauf die Gewerkschaften wiederholt bei den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium aufmerksam gemacht haben, daß es nämlich bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen nicht mehr Arbeitnehmern in den Reichs- und Staatsbetrieben nicht mehr möglich ist, sich auf ehrliche und redliche Weise durchs Leben zu schlagen. An mancher verantwortlichen Stelle ist ein Blick aufgegangen. Bei der Schaffung der Notverordnung wurde aber aus der Erkenntnis keine Lehre gezogen. Den falschen Weg sehen und ihn doch gehen - ist das die neue Staatsführung?

Sport

Der Gruß der Sport-Internationale an die Arbeiterklasse Deutschlands

In Lüttich, im Regierungsgesamte, tagte der 6. Weltkongress der sozialistischen Sportinternationale. Im Beisein von 70 Delegierten und Gästen von bestehenden Organisationen und Behörden des Reiches, der Schweiz und der Tschechoslowakei, sowie von der internationalistischen Sportinternationale. Der sozialistische Arbeiterkongress richtete folgenden Gruß an die Arbeiterklasse Deutschlands: Mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgt das sozialistische Welt die heroischen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse. Das Ringen um die Demokratie in Deutschland entscheidet nicht allein über das Schicksal dieses Landes, sondern beeinflusst darüber hinaus die Entwicklung aller anderen Länder. Die Arbeiter Deutschlands stehen in diesem Augenblick an der vordersten Front des europäischen Proletariats.

Der 6. Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale hat mit großer Befriedigung Kenntnis davon genommen, daß die Arbeiter-Sportler Deutschlands ihre Kräfte in den Dienst des Kampfes gestellt haben, er fordert sie auf, unerschütterlich an der Front des deutschen Proletariats seine herzlichsten Grüße und besten Wünsche zu senden. Der Kongress sendet ihnen, sowie der gesamten Front des deutschen Proletariats seine herzlichsten Grüße und besten Wünsche. Der Kongress sendet ihnen, sowie der gesamten Front des deutschen Proletariats seine herzlichsten Grüße und besten Wünsche.

Es lebe das deutsche Proletariat!
Es lebe seine Eisernen Front!
Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Der Schloßherr von Pomedien



„Reich mir die Hand, mein Leben, Komm auf mein Schloß zu mir!“
Kurt Kaiser Blüch

Aus aller Welt

Zwei Motorfutter in der Nordsee verschollen

Wilhelmshaven, 14. Sept. Am Sonntag sind je zwei Fischer mit je einem Motorfutter von Wilhelmshaven aus zum Krabbenfang in See gegangen. Da die Schiffe bis heute nicht heimgekehrt sind, nimmt man an, daß sie in Seenot geraten sind. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Beide Motorfutter hatten je zwei Mann Besatzung.

Sprengstoffanschlag in Weihenhorn

Augsburg, 14. Sept. Auf das Anwesen des Anwalts beim Weihenhorner Amtsgericht, Inspektor Weber, wurde heute gegen halb 1 Uhr nachts eine Wurfmine geworfen. Die Explosion richtete großen Sachschaden an, verletz wurde jedoch niemand. Die Wurfmine war 7,5 Zentimeter lang und wurde mittels einer zwei Meter langen Zündschnur zur Explosion gebracht. Die Hauswand hat ein recht großes Loch davongetragen. Die Erschütterung war auch in den umliegenden Straßen zu hören. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen haben bisher noch zu keinem Anhaltspunkt geführt. Auch das Motiv der Tat ist unbekannt.

Sechs Bauernhöfe abgebrannt

Strasbourg, 14. Sept. In Hüttenheim brach nachts in dem Anwesen des Landwirts Jaeg verheerend ein Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete und sechs große Bauernhöfe in Schutt und Asche legte. Sämtliche Vorräte wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden beläuft sich auf fast 700 000 Francs. Niederabgebrannt sind das Wohnhaus des Jaeg sowie der Dachstuhl eines zweiten Bauernhauses, sechs Scheunen, 10 Stallungen, 10 Schuppen und 8 Tabakbarren. Der Schaden ist zum Teil durch Versicherung gedeckt. Am Brandursache waren die Feuerwehren und Motorpumpen von der Umgegend, darunter auch die von Schleithadt, erschienen. Erst gegen 7 Uhr morgens konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden.

Einzelheiten zum Brand in Bilingen

Bilingen, Ranton Wallis, 14. Sept. Zur Brandkatastrophe in Bilingen werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die Brandursache ist noch nicht genau festgestellt. Es wird jedoch vermutet, daß das Feuer in einer Scheune entstand, in welcher

ein Passant übernachtete. Die ganze Taltschaft wurde alarmiert, bergaufwärts durch ein Motorrad, talabwärts durch Automobile. Gegen 3.15 Uhr, als der Brand die höchste Ausdehnung angenommen hatte, waren insgesamt 17 Brandfeuerpistolen in Tätigkeit, wozu gegen 4 Uhr morgens noch die Motorpistole des 45 Kilometer entfernten Bilo dazukam. Es gelang dann, den Brand allmählich einzudämmen. Immerhin sind 10 bis 12 Wohnhäuser mit 30 Haushaltungen und einer großen Anzahl von Scheunen dem Feuer zum Opfer gefallen.

Zigarettenpapier-Schmuggler vor Gericht

D3, Mainz, 14. Sept. Das Bezirksgericht verurteilte den als Schmuggler bekannten und mit Zuchthaus verurteilten 28-jährigen früheren Arbeiter Ernst Schmidt aus Dillingen zu einem Jahr Gefängnis, 33 000 M. Geldstrafe und einer Wertersatzstrafe von 5400 M. und seinen Gefährten, den 21-jährigen Kaufmann Hans Rupp aus Bittabheim zu 5100 M. Geldstrafe und einer Wertersatzstrafe von 116 400 M. wegen Zoll- und Steuerhinterziehung, Steuerhinterziehung und Beihilfung. Schmidt gelang es seinerseits sich durch Flucht ins Saargebiet der Verhaftung zu entziehen. Er wurde durch Anklage auf der Gerichtstafel öffentlich geladen, war aber zur Verhandlung nicht erschienen. In den Jahren 1930 und 1931 war es Schmidt gelungen, nicht weniger als 1 520 000 Blatt unverzolltes und unversteuertes Zigarettenpapier aus dem Saargebiet nach Randstahl einzuschmuggeln. Rupp setzte einen Teil der geschmuggelten Ware hier ab.

Die Hinrichtung Gorguloffs

CPA, Paris, 14. Sept. Gorguloff, der Mörder des Präsidenten Doumer, ist heute um 5.52 Uhr hingerichtet worden. Er starb, ohne seine Frau noch einmal gesehen zu haben. Er wurde früh vom Vertreter des Staatsanwalts, der von Justizbeamten begleitet war, geweiht. Er schief in der Zelle der zum Tode Verurteilten. Hier wurde ihm feierlich eröffnet, daß seine Begnadigung abgelehnt worden sei. Gorguloff wurde dann fürs Schafot hergerichtet: Man schnitt ihm den Hemdzipfel ab und bereitete ihn auf seinen letzten Gang vor. Auf dem Wege zur Richtstätte sprach Gorguloff viel von seiner Frau und hat seine Begeisterung, man möge ihr doch sagen, daß er sie stets geliebt habe, und daß er sie für alles um Verzeihung bitte, was er ihr antut. Sie möge das Kind, das sie in einigen Wochen erwarten wird, d. h. in seiner Ideenwelt aufziehen. Gorguloff trank noch zwei Gläser Rum, die man ihm anbot, die traditionelle Zigarette lehnte er jedoch ab. Dann umarmte er den griechisch-orthodoxen Geistlichen und bestieg das Schafot. Noch einmal rief er aus: „Ich bitte alle um Verzeihung.“ Seine letzten Worte waren: „Auhland, Auhland, o mein Vaterland!“ Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Heut noch beginnen wir!

Kampf! Kampf! Und immer wieder Kampf!!!
Uns schreckt der neue Feldzug nicht,
Sekt die Maschinen unter Dampf,
Heraus, du Volk, zum Volksgericht!
Heut noch beginnen wir!
Freiheit!

Kampf! Kampf! Und immer wieder Kampf!!!
Verwirrung packt die braune Pest,
Verweht ist Hitlers Phrauentampf,
Was blieb am Schluß? Ein schmaler Rest!
Heut noch beginnen wir!
Freiheit!

Sieg! Sieg! Und immer wieder Sieg!!!
Ein heißer Schwur sei dieses Wort,
Du Banner großer Zukunft, flieg -
Volk, lege deine Feinde fort!
Heut noch beginnen wir!
Freiheit!

Kurt Kaiser Blüch

Aus!



hace Marina, das war nur einmal, das kommt nicht wieder!

Aus dem Nazilager

Eine Selbstentlarvung ihrer nationalen „Schaumbläse“!

Eine nicht üble Kennzeichnung der innerlich unwahren Politik der Nationalsozialisten ist im Blatt des württembergischen Bauernbundes erfolgt, der begreiflicherweise auf die besonders in seine Zaubersprüche eingebrochene Nazis nicht gut zu sprechen ist. Das Blatt druckt einige Stellen aus einem Brief ab, den ein katholischer Naziabgeordneter am 30. Juli an den Führer des Bauernbundes, den Hrn. Körner, richtete. Darin heißt es u. a.:

„Ich sagte mir, es ist „Schaumbläse“, wenn man immer von der „nationalen Auffassung“ redet und auf der anderen Seite sich mit einer internationalen Zentrumsparlei gegen die Nationalsozialisten verbündet...“

Sie, Herr Körner, sind voll und ganz im Bunde jener schwarzen Brüder, genannt Zentrum. Und eben mit diesem Zentrum, das nun einmal international ist und bleiben wird, ist an führender Stelle keine nationale Politik zu machen. Die letzten Tage haben zur Genüge gezeigt, daß dieses Zentrum... um einer Donaumonarchie willen jederseits bereit wäre, das protestantische Preußen dem Bolschewismus zu überlassen...“

Dazu bemerkt dann mit grimmigem Sumor das bauernbündlerische Blatt:

„Ja, ja! Und mit diesen schwarzen Brüdern, mit diesem Zentrum, das nun einmal international ist und auch bleiben wird, mit diesem Zentrum, mit dem an führender Stelle keine nationale Politik zu machen ist, mit diesem Zentrum, das um einer Donaumonarchie willen jederseits bereit wäre, das protestantische Preußen dem Bolschewismus zu überlassen, mit diesem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei verhandeln die Nationalsozialisten in Berlin, wie sie in den kommenden 4 Jahren zusammengeben, wie sie gemeinsam eine Regierung bilden könnten.“

Was werden da die Anhänger sagen, denen die Nationalsozialisten erklärten, mit diesen internationalen schwarzen Brüdern werden wir nie verhandeln?

Jetzt heißt es nicht mehr: Deutschland erwache! Jetzt heißt es: Nationalsozialisten erwache!“

Die protestantischen Nazis „erwachen“

Im Heilbronner Generalanzeiger veröffentlicht der zu den Nazis gehörende Stadtpfarrer Dr. Schreiber von Bödingen unter dem sorgenvollen Titel „Kann das auf die Dauer gut gehen?“ einen Artikel, in dem es heißt:

„Bei den Koalitionsverhandlungen, die zur Zeit zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum hin- und hergehen, wird von den ersteren ein Umstand anscheinend wenig oder überhaupt nicht beachtet. Diese größte Partei hat nämlich den größten Antriebskraft nicht durch die reichliche Willen der eingeschriebenen Parteigenossen, sondern durch die 14 Millionen, die der nationalsozialistischen Liste aus Zuneigung, aus einer großen Hoffnung heraus, aus Verzweiflung und aus Verlegenheit ihre Stimme gegeben haben.“

Ein Blick auf die Wahlkreisliste ergibt nämlich, daß diese gewaltigen Massen vor allem in den evangelischen Strichen anhängig sind. Im altprotestantischen Land nahmen die Nationalsozialisten fast ausnahmslos zu, die Sozialdemokraten dagegen ebenso beträchtlich ab (!). In den alten katholischen Strichen dagegen gingen die nationalsozialistischen Stimmen, gemessen an früheren Wahlgängen zurück, dafür nahmen die Sozialdemokraten hier ebenso beträchtlich zu.“

Angesichts der Erbitterung in den evangelischen Landesteilen über die Politik der letzten Jahre, in der das Zentrum ausschlaggebend und das Bündnis an der Wage war, in der das Zentrum auf evangelische Kosten seinen Vorteil gesucht und gefunden hat, angesichts dieser Erbitterung, die nicht zum wenigsten die Stimmen dem Nationalsozialismus als dem langjährigen Bekämpfer des Zentrums zutrieb, kann es da auf die Dauer gut gehen, wenn jetzt derselbe Nationalsozialismus unter tatsächlicher Verleugnung seiner Vergangenheit wieder die Stimmung und Meinung der Millionen, die ihn festlich tragen, das Zentrum wieder zum Bündnis an der Wage macht und ihm zu einer Bedeutung verhilft, die man ihm gerade nehmen wollte?

Hier lauert eine ganz große Gefahr! Sehen Sie die Parteizustellen, steht Sie der Führer?“

Es ist kein Wunder, wenn jetzt die Nazianhänger die Politik ihrer Partei nicht verstehen. Wurde doch vor den Wahlen der Furor protestantisch in ihnen auf das schamloseste angezettelt. Nur eine Probe davon aus einem der württembergischen Winkelblätter der Nazis, die im Dezember 1931 erschienen:

„Wir besichtigen das Zentrum des Schwerrats, begangen schon während die deutschen Heere im Felde standen...“

Wir besichtigen das Zentrum des Landesverrats...“

Wir besichtigen das Zentrum des Betruges am deutschen Volke...“

Wir besichtigen das Zentrum der gemeinen Lüge. Es gibt vor, für die Religion einzutreten und macht damit schmutzige Geschäfte...“

Wir besichtigen endlich das Zentrum der Beihilfe zum Mord an beinahe zweihundert nationalsozialistischen Kämpfern, des Tot-

Hier ereignete sich die juchbare Neuyorker fähren-Katastrophe

Blick auf den East River in Newyork, auf dem ein Fährschiff durch eine Explosion völlig in Stücke gerissen wurde. Von den Passagieren wurden 49 getötet und alle übrigen, etwa 100, mehr oder minder schwer verletzt.



Schlags und der Körperverletzung an beinahe zehntausend nationalsozialistischen Volksgenossen.“

Kaum neun Monate später fuhren eben lech die Nazis mit den schwarzen Hoch- und Landesverrätern, Vagabunden und Betrügern! Wie sollten das die aufgekochten Anhänger auch beargewöhnen!

Soziale Rundschau

Die Volksfürsorge

Die Volksfürsorge Genossenschaftlich-Genossenschaftliche Aktiengesellschaft gibt die während des Monats August gestellten Anträge in der Volks- und Lebensversicherung mit rund 10 098 an. Die Versicherungssumme beträgt 3,463 Millionen Mark. Damit steht die Volksfürsorge an der Spitze aller Versicherungsgesellschaften, trotzdem auch die großen Unternehmungen unter dem Druck der Wirtschaftskrise dazu übergegangen sind, gerade für die kleine Lebensversicherung zu werben. Der Aufstieg der Volksfürsorge auch während der Krise ist ohne Zweifel ein Ausdruck der wirtschaftlichen Kraft und der ökonomischen Fähigkeit der modernen Arbeiterbewegung.

Naturfreunde

Auf nach Speyer a. Rh. Am Sonntag, 2. September führt die Ortsgruppe Karlsruhe eine Radtour nach der Stadt der Kaisertröde aus. Nur wenige deutsche Städte haben eine so reiche Vergangenheit, wie gerade Speyer. Als Sitz der Bischofe und auch als Kurfürstentum der früheren deutschen Kaiser war Speyer besonders im Mittelalter eine Stadt von großem Ansehen. Heute noch sind der Dom, der Altbörsel und verfallene andere Bauwerke Zeugen der einstigen Macht und Größe Speyers. Diese Bauwerke sollen auf dieser Fahrt besichtigt werden. Der Dom zu Speyer mit seinem überaus reichgeschmückten Innern ist eine Sehenswürdigkeit. Was an der mehrmals durch Feuer zerstörten Stadt nicht mehr zu sehen ist, führt zum Teil das Pfälzer Museum. Demeitlen ist das sogenannte Helmkeuseum angegliedert, welches in Deutschland einzig dastehen dürfte. Auch das im Boden verdeckte Judenbad, das früher zeremoniellem Zwecke diente, ist ein Stück alter Speyerer Geschichte und wird die Teilnehmer in Staunen versetzen. Die Tour beschließt alle sehr viel. Um auch dem schmalen, durch Hochrechnungen geschliffenen Geldbeutel unterer Klassen Rechnung zu tragen, fahren wir der Rad. Unkosten entstehen nur 55 Pf. für die verbotenen Befestigungen. Hoffen wir also auf gutes Wetter und rege Teilnahme. Näheres wird noch im Vereinsanzeiger im Volksfreund bekannt gemacht. Berg frei! H.

Aus der Stadt Durlach

Erwerbslosenaustrich des ADGB. — Gruppe Durlach

Am Freitag, den 16. September, nachmittags halb 7 Uhr, findet im „Ramm“ eine Erwerbslosenversammlung statt. Es spricht M. Wöhrner-Karlsruhe über „Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenproblem“. Um zahlreichem Besuch wird gebeten.

Verredakteur: Georg Schmitt. Verantwortlich: Kurt Kreibitz. Baden, Volkswirtschaft, Genossenschaftliches, Soziales, Funktion Aus der Welt. Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: I. B. J. Giese; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus dem Badenischen, württembergische, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jugendvolk, Demas und Baden Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Giese. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe.

Volkswirtschaftliches

Karlsruher Produktentörse

Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel: Der Markt ist allgemein lukrativ. Die Umsätze bewegen sich in engen Grenzen, weil allgemein die weitere Entwicklung der Dinge abgewartet wird. Inlandweizen, je nach Qualität, neue Ernte, nur prompte Verladung 22.50—22.75, Inlandroggen, neue Ernte 18—18.50, Sommergerste, je nach Qualität und Herkunft 18.25—19.50, Ausfuhrweizen über Meiß, Futter- und Sortiergerste, je nach Qualität 16.25 bis 17.50, deutscher Hafer, gelb oder weiß, je nach Qualität, neue Ernte 14.75—15.25, Platamais 17—17.25, Weizenmehl, Basis Spezial 0, 14.75—15.25, Inlandmehl, September-Dezember 34, Weizenmehl, Basis Spezial 0, Inlandmehl, September-Dezember 33, (Weißes) Foroderungen der Südd. Mühlenvereingung Mannheim mit den entsprechenden Spannungen für 00 = 4.8—4.9, für Brotmehl = 4.8—4.9, für Roggenmehl, Basis ca. 70 Prozentia, je nach Weizenfrucht und Weizenart 26—28, Weizenbrotmehl (Futtermehl), je nach Fabrikat 10.25—10.50, Weizenkleie, fein 8.25—8.50, Weizenkleie, grob 8.75—9.—, Vierteiler, je nach Qualität, prompt 10.50—10.75, Trodenhühner, Loh, je nach Qualität und Herkunft 10—11.50, Erdnussmehl, Loh, je nach Qualität 12.75—13, Kofostuden 12.25—12.50, Sojabohnen, Loh, je nach Qualität 11.50, Leinwandmehl, je nach Fabrikat 12.50—13, Seneifartoffeln (Treibartoffeln) 4.80—4.90. Raubfuttermittel: Lohes Weizenheu, gut, gesund, trocken, neue Ernte 4.50—4.75, Luzerne, gut, gesund, trocken, neue Ernte 4.75 bis 5.—, Weizen-Roggenstroh, drabigedreht, je nach Qualität 8.50 bis 8.75. Alles per 100 Kilogramm, Mais, Vierteiler und Maiskeime mit Getreide und Trodenhühner ohne Sad, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate, Parität Zufuhrfrage. Wagenvertrieb: Kleinere Quantitäten entsprechende Spesen des Handels, die vom Verkauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umfassener ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten.

Auskünfte der Redaktion

H. W. Bala. Es befehlt für Ihre Tochter keine andere Möglichkeit, als beim Arbeitsamt Baden-Baden gegen die Wahnahme des Arbeitsamts Einspruch zu erheben. Nach der Rechtslage kann bei Zahlungsverzug vom Schuldner auch die Zahlung von Nachnahme und Nachgebühr verlangt werden, d. h. die Unkosten, die bei der Zahlungsaufforderung entstanden sind. Wenn Sie selbst noch Mitglied der Invalidenversicherung sind, so können Sie erst vom 65. Lebensjahr ab oder bei 2/3 Arbeitsunfähigkeit Invalidenrente erhalten. Beim Todesfall Ihres Mannes bekommen Sie ebenfalls nur unter den vorstehend bezeichneten Voraussetzungen Invalidenrente. In der Bezug der Witwenrente kommen Sie ebenfalls nur, wenn Sie 65 Jahre alt oder 2/3 arbeitsunfähig sind. H. S. Der Hausbesitzer ist gesetzlich nicht verpflichtet, für die Zure Kosten erfolgte Einrichtung der Gasleitung Entschädigung zu bezahlen, es sei denn, daß eine entsprechende Vereinbarung besteht. Sie können aber, wenn Sie ausscheiden, die Leitung abnehmen. Sie müssen dann allerdings die Wohnung wieder in denselben Zustand versehen, in welchem sie vor dem Lesen der Leitung war.

Schlichter Abschied



„Die Herrschaften lassen bestellen: Sie werden nicht mehr gebraucht, Sie können gehen.“

Empfehlenswerte Spezial-Firmen!

Berthold-Apotheke
J. Becker
Karlsruhe, Rintheimer Straße 1
Homöopathie — Allopathie

Stadt-Apotheke
Gegründet 1820
mit **Zentrale für Homöopathie**
Inhaber: Hermann Trumpheller
Karlsruhe 19 (gegenüber der Hauptpost) Teleph. 177

„Schrempp-Prinz-Bier“
Am besten mündets mir!

TRINKT
das gute

Hofbrauhaus-Bier
Hofbrauhaus Hatz A.-G.
RASTATT

GAS
richtig verwenden und nicht verschwendung dann billigster Brennstoff für Küche und Haus

Gastroba, Gas- u. Stromberatungsst. d. Städt. Werke A.-G. Baden-Baden Waldseestraße 17 Fernruf 283

Bauhütte Karlsruhe
Gemelnützige Baugesellschaft m. b. H. Marienstr. 96, Telephon 5200
Hochbau, Tiefbau, Eisenbetonbau, Zimmerer, Dachdecken, Glaserei u. Schreinerer, Gips-, Terrazzo- und Plattenarbeiten, Übernahme ganzer Bauprojekte bis zur schlüsselfertigen Herstellung

